

Liebe Mitglieder, liebe Gäste unserer Homepage

Bei der Beantragung der öffentlichen Mittel wurde mir im vergangenen Jahr mitgeteilt, dass der HIP HOP HAMBURG e.V. für das kommende Jahr 2002 mit einem Etat rechnen könne, wie im Haushaltsjahr 2001, weil wegen der „Ebbe in den Haushaltskassen“ keine weiteren oder höheren Zuwendungen zugesagt werden können.

Der HIP HOP HAMBURG e.V. hatte daher weisungsgemäß den gleichen Etat beantragt, also umgerechnet rd. 86.000 Euro.

Nun kam die Horror- Nachricht: Unser Etat wurde um 16.000 Euro gekürzt.

Da für die pädagogische Arbeit mit Sprayern dem Verein nur eine Planstelle finanziert wird und außer den Sach- u. Veranstaltungsmitteln kein weiterer Spielraum für Einsparungen besteht oder möglich ist, muss, um die Kürzung überhaupt durchsetzen zu können, eine erhebliche Streichung der Sach- u. Veranstaltungsmittel neben einer Erhöhung des Eigenanteils erfolgen, den wir zu erwirtschaften haben und der Restbetrag bei der Einsparung der Personalkosten stattfinden. Also wird vom Amt für Jugend eine erhebliche Reduzierung meiner bezahlten Arbeitszeit vorgenommen werden. Ich soll weniger arbeiten.

Der Bürgerblock möchte massiv gegen illegale Sprayer und die zunehmenden Sachschäden durch Graffiti vorgehen.

Da stellt sich für uns die Frage, nach dem WIE?

Durch Reduzierung der pädagogischen Bereuung und Beaufsichtigung von auffälligen Jugendlichen?

Durch Wegsperrern der Jugendlichen in Arrestzellen oder durch Verschluss in Jugendstrafanstalten?

Durch Reduzierung der Beratung für Eltern?

Durch Reduzierung der Freizeitangebote in den Ferien?

Der Umweltsenator, Herr Rehaag, Schill- Partei, hat aus Steuermitteln für eine Antigraffiti- Hot- Line rd. 50.000 Euros erhalten und es stehen ihm weitere 500.000 Euros für Anti- Graffiti- Projekte zur Verfügung.

Ich arbeite seit dem 01.06.89 in diesem Bereich und kenne kein Anti- Graffiti- Projekt.

Wir haben bei der Umweltbehörde diese fehlenden 16.000 Euros als Aufstockungsbetrag beantragt, aber erst im August einen Gesprächstermin erhalten. Vielleicht klappt es mit der Bewilligung, damit die Arbeit im gewohnten Umfang fortgesetzt werden kann.

Der HIP HOP HAMBURG e.V. weiß, dass die Kassen aller Bundesländer nahezu leer sind und auch die Sozialsenatorin sparen muss, aber ich weiß nicht, ob die Sozialsenatorin wirklich über die Arbeit des Vereins in Kenntnis gesetzt wurde.

Fest steht, dass ich bei Aufnahme einer zusätzlichen Arbeit weniger Zeit für zusätzliche ehrenamtliche Tätigkeiten im Verein haben werde, mich um die Belange der Jugendlichen zu kümmern, die ich für wesentlich wichtiger halte.

Bei einer bleibenden Reduzierung der Arbeitszeit wird sich nicht vermeiden lassen, dass ich

- nicht mehr bis nachts um 1 Uhr erreichbar sein werde,
- nicht mehr in Krisensituationen nachts kommen und helfen kann,
- keine Schulprojekte mehr unterstützen kann, wenn zum Thema Gewaltfreiheit und/oder Toleranz Hilfen abgefordert wird,
- keine Zeit für Schülerpraktikanten habe,
- keine Zeit für Studenten der Fachschulen oder Fachhochschulen für Sozialpädagogik habe, folglich keine methodischen Übungen oder Blockpraktika bei uns möglich sind,
- keine Zeit für Auskünfte habe oder Hilfestellungen bei Diplomarbeiten geben kann,
- keine Zusammenarbeit mehr mit dem Arbeitsamt leisten kann, was für Jugendliche, die einen Hauptschulabschluss nachmachen wollen (ZEBRA, QUAS usw.), zum Nachteil ist.
- Die aufsuchende Sozialarbeit müsste eingeschränkt werden, weil ich bei einer so stark reduzierten Arbeitszeit für Dienstfahrten aus Kostengründen nicht mehr meinen privaten PKW benutzen werde, sondern mich auf öffentliche Verkehrsmittel beschränken müsste. Bisher hatte ich die Fahr- u. Instandhaltungskosten des Fahrzeugs aus eigener Tasche finanziert, was dann nicht mehr möglich sein wird.

- Ich werde mir eine Zusatztätigkeit suchen, wodurch auch zwangsläufig meine ehrenamtliche Graffiti- Arbeit, die einen erheblichen Umfang der Arbeit ausmachte, sich stark reduziert und Wartelisten anlegen.
- Ich hätte auch nicht mehr die privaten, finanziellen Mittel, Kontakte, die bundesweite Vernetzung aufrecht zu erhalten und die Kontakte zu pflegen, wodurch leider auch für andere Projekte ein erhebliches Informationsdefizit entstehen wird.
- Wir können nicht mehr kostenlos unsere Hilfen anbieten, was besonders bedauernswert ist, da wir uns gerade als Interessenvertreter der Jugendlichen verstehen, die sich keinen Anwalt leisten können. Wir versuchen aber das Unmögliche möglich zu machen!
- Die Öffnungszeiten müssten wir ebenfalls reduzieren.
- Anfragen ohne frankierte u. adressierte Rückumschläge können nicht mehr beantwortet werden.
- Die Beratung Geschädigter wäre nicht mehr kostenlos.

Wir werden bemüht sein, dass

- weiterhin die Zusammenarbeit mehr mit auswärtigen JGHs gewährleistet ist, die straffällig gewordene Sprayer, die das 21.Lebensjahr noch nicht vollendet haben, jedoch aus Hamburg kommen, betreuen,
- weiterhin Möglichkeiten bestehen, dass bei uns Arbeitsauflagen oder das Abarbeiten von nicht erbrachten Geldstrafen abgeleistet werden können, damit die Leute, die Schwierigkeiten haben, Zeiten u. Regeln einzuhalten, lernen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und die Zusammenarbeit mit der JGH Hamburg und anderen Projekten weiterhin zu pflegen und zu unterstützen, so weit es die verkürzte Arbeitszeit es ermöglicht.

Alle diese Arbeiten sind aus unserer Sicht dringend erforderlich und gehören zum Minimalangebot für Sprayer. Alle Arbeiten, die von uns nicht mehr erbracht werden können, weil unsere finanziellen Mittel nicht mehr ausreichen, müssten nun von anderen Institutionen oder Pädagogen übernommen oder aufgeschoben werden.

Es wird sich zeigen, ob andere Einrichtungen diese Arbeiten übernehmen werden, dort auch die erforderlichen Kenntnisse für diese speziellen Probleme vorhanden sind und kostenfrei oder unter 16.000 Euros zu leisten sind.

Ergänzend möchten wir noch zu bedenken geben, dass es in Hamburg 10 Polizeibeamte gibt, die sich mit der Strafverfolgung der Sprayer beschäftigen und der HIP HOP HAMBURG die einzige Einrichtung in Hamburg ist, die präventiv für Sprayer tätig ist und Resozialisationsmaßnahmen entwickelt und entsprechende Konzepte erstellt, die auch in anderen Bundesländern umgesetzt werden.

Für die Strafverfolgung sind gegen illegale Graffiti 10 Polizeibeamte eingesetzt in der EG Graffiti. Ob das im Sine der Geschädigten sein kann, dass präventive Betreuung reduziert wird, damit die Strafverfolger nicht tatenlos ihre Zeit absitzen, mögen die Leser selbst beurteilen.

Die WELT schrieb im vergangenen Jahr, dass die „Ermittlungsgruppe Graffiti,“ damals besetzt mit 8 Polizeibeamten, im Jahre 2000, rd. 4106 Ermittlungsverfahren eingeleitet hatte.

In 548 Fällen konnte der Tatverdächtige ermittelt werden, also wurde nur jeder 8. als Tatverdächtiger ermittelt.

Die Anzahl der verurteilten Täter konnte die WELT nicht beziffern.

Bei einer Besetzung von 8 Strafverfolgern bedeutet es, dass jeder Polizist im Jahr durchschnittlich rd. 68,5 Fälle der Staatsanwaltschaft zugearbeitet hat, also monatlich rd. 6 Tatverdächtige ermittelte.

Das Graffiti- Projekt erfüllt diese Quote oft schon an einem Öffnungstag und hat eine wesentlich höhere Quote, was die Kontakt- u. Beratungsarbeit von Sprayern und deren Eltern betrifft. Da sind nicht nur Tatverdächtige, sondern auch Täter dabei, die sich Rat holen oder sich um eine Schadenregulierung bemühen, bevor das Gericht von der Tat Kenntnis hat.

Berechnet man die Personalkosten dieser 8 Beamten, die inzwischen auf 10 Beamte aufgestockt wurden, und vergleicht diese Kosten mit den Kosten des Projektes, so ergibt die Kürzung keinen erkennbaren Sinn.....

Personen, die sich persönlich an Frau Senatorin Schnieber- Jastram wenden möchten, um sie zu bitten, die Kürzungen für den HIP HOP HAMBURG e.V. zurückzunehmen, erweisen der Sache keinen guten Dienst, wenn sie die Normen der Höflichkeit außer Acht lassen.
Das wäre nicht in unserem Sinne.

Durch Verschiebungen der Zuständigkeitsbereiche ist für den HIP HOP HAMBURG e.V.

Frau Senatorin
Schnieber- Jastram, CDU,

Behörde für Soziales und Familie
Hamburger Straße 47
22083 Hamburg
Tel. 040/428 63-30 01/30 02
Fax 040/428 63-28 70

birgit.schnieber-jastram@bsf.hamburg.de

zuständig.

Wir hoffen, dass diese Kürzung zurückgenommen werden. Entsprechende Meldung wird hier umgehend bekannt gegeben.

20.03.02 © Barbara Uduwerella